Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Inserate übernehmen ausserhalb Berlins: Bonn: M. Cohen. — Bremen: E. Schlotte, Wilh. Schaller. — Stettin: R. Salomon. — Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co. — Hamburg: Haasenstein & Vogler, Joh. Nordhaus, Adolf Steiner, William Wilkens. — Görlitz: C. Schoenwald. — Mainz: D. Frenz. — Mindon: C. Marowski. —

Wien: M. Dukes, I., Wollzeile No. 6—8; A. Oppolik, I., Stubenbastei 2. — Frankreich, England und Belgien: Alleinige Annahme bei der Compagnie générale de Publicité Étrangère, John F. Jones & Cie. in Paris, 31bis rue du Faubourg Montmartre. Schweiz: Orell Füssli & Co., Zürich.

Nr. 526. [31. Jahrgang.] Berlin, Dienstag den 10. November 1891, Abends. [31. Jahrgang.] Nr. 526.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich Morgens und Abends, mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag Morgen, bei besonderen Ereignissen in Extra-Ausgaben. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich **7 Mark 50 Pf.**, für das übrige Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag, und werden Abonnements bei den betreffenden Postanstalten angenommen. Für Berlin nehmen sämmtliche Zeitungs-Spediteure und die Expedition dieser Zeitung **Wilhelmstraße 32**, Abonnements vierteljährlich zum Preise von **7 Mark 50 Pf.** sowie die **Post-Expeditionen 8 Mark** inkl. Bestellgebühr entgegen. Preis der einzelnen Nummer 10 Pf. Inserate nimmt die Expedition zum Preise von **40 Pf.** pro fünfgespaltene Petitzeile an. Beiträge für die **Redaktion** der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sind an diese: **Berlin SW. 48, Wilhelmstraße 32**, zu richten, und **wird gleichzeitige Honorarangabe erbeten.**
Fernsprech-Anschluß Nr. 6514. Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung, unbenützte Einsendungen können nicht aufbewahrt werden. Fernsprech-Anschluß Nr. 6514.

Politischer Tagesbericht.

Berlin, 10. November.

Zu den landläufigen Behauptungen dessen, was die Demokratie ihre Agrarpolitik nennt, gehört, daß die Stein-Hardenberg'sche Gesetzgebung in Preußen die Sklaverei abgeschafft, die Leibeigenschaft aufgehoben habe. Weil es die Demokratie immer wieder sagte, hat sich schließlich auch in anderen Kreisen der Glaube eingebürgert, daß jene im Anfange dieses Jahrhunderts unter Stein und Hardenberg durchgeführte, agrarpolitische Reform ihrem wesentlichen Inhalte nach die Aufhebung der Leibeigenschaft bedeutet oder bezweckt habe. Dieser Irrthum erklärt manchen andern, auf den man in den Erörterungen agrarpolitischer Fragen immer wieder stößt, er ist, so zu sagen, zu einem Fundamentalirrthum herangewachsen, und deshalb verdient es alle Anerkennung, wenn der derzeit wohl gründlichste Kenner des großen und langsam vorgeschrittenen Werkes der Bauernbefreiung denselben zu bekämpfen unternahm.

Bekanntlich hat Professor G. F. Knapp unter dem Titel „Die Bauernbefreiung und der Ursprung der Landarbeiter in den älteren Theilen Preußens" ein zweibändiges, höchst werthvolles Urkundenwerk erscheinen lassen; die sozial- und agrarpolitischen Schlußfolgerungen aus seinen bezüglichen Forschungen hat er nicht in jenem Urkundenwerk, sondern in einer Reihe von Vorträgen gezogen, die unter dem Titel „Die Landarbeiter in Knechtschaft und Freiheit", neuerlich bei Duncker u. Humblot gesammelt erschienen sind.

Was den eingangs erwähnten Fundamentalirrthum anlangt, so untersucht Knapp zunächst, ob denn das Landrecht bei seiner Emanation noch Leibeigenschaft im Sinne der Sklaverei überhaupt angetroffen habe, und beantwortet dieselbe mit einem absoluten Nein; das Landrecht habe ländliche Sklaverei nur verboten, aber nichts im Leben Bestehendes abgeschafft; unwahr sei es, daß eigentliche Leibeigenschaft der ältere Zustand gewesen, aus welchem sich die mildere Erbunterthänigkeit entwickelt hätte. Dann aber untersucht Knapp, woher der falsche Glaube, von dem wir sprechen, stamme, und sagt:

Der verbreitete Glaube an eigentliche Leibeigenschaft gründet sich nicht allein auf Verwechselung von Begriffen, die trotz innerer Verschiedenheit mit gleichen Worten bezeichnet werden. Es kommen vielmehr hier mancherlei Mängel der gelehrten Forschung zu Tage, beim einen Schriftsteller mehr diese, beim anderen mehr jene. Der erste Mangel ist wohl der: die Forschung ist zu sehr befangen im Liberalismus. Zu liberal zu sein — politisch liberal ist natürlich hier gemeint — ist auf dem Gebiete der Wirthschaftsgeschichte wirklich ein Fehler, und zwar ein gerade so großer, als wenn man zu reaktionär im Sinne des Junkerthums oder zu radikal im Sinne der Sozialdemokratie wäre. Die Liberalen haben, mit großen Kenntnissen aber mit engem Verständniß, auf diesem Gebiete gearbeitet. Sie malen Alles in möglichst düsteren Tönen, was die ältere Agrarverfassung betrifft: denn gegen das Junkerthum darf man sich ja wohl einige Uebertreibung erlauben; sie leiden noch unter dem Haß gegen das Vergangene — und wie köstlich trifft es sich, daß man iher zugleich das Junkerthum brandmarken und die Verdienste der preußischen Könige grell beleuchten kann, die ja dem Junkerthum entgegenstanden. Der liberale Schriftsteller ruft den Königen zu: „Heil Euch, denn Ihr gehört zu uns!" Und er verliert alle Ruhe und Besonnenheit, wenn er Befreiungsthaten zu erzählen hat, grade als wenn der bloße Akt der Befreiung auf wirthschaftlichem Gebiete das einzig nöthige, das endgültige Mittel der Beglückung wäre. Gewiß war es ein großes Werk der liberalen Gesetzgebung, daß die That der Befreiung eintrat; und sie trat ein, aber nicht im 18. Jahrhundert, und nicht durch Aufhebungen der Leibeigenschaft, die nicht viel zu bedeuten hatte, sondern erst durch Aufhebung der Erbunterthänigkeit, die der wahre Gegstein der Verfassung war. So wurde die alte Verfassung zerstört. Mit dem Zerstören allein, so nöthig es sein mochte, ist aber nicht Alles gethan. Wie kann man heute noch bei der Freude über den Sturz des Alten stehen bleiben, heute, wo es längst klar ist, daß es auch gilt, eine neue ländliche Verfassung aufzubauen? Das ist es, was der liberale Schriftsteller so leicht vergißt, und das ist der Grund, weshalb er, mit Unverständniß für den Neubau, vor Alem in der Schwarzmalerei der Vergangenheit schwelgt.

Hiermit verbindet sich leicht ein anderer Fehler: unsere Rechtsgeschichte ist zu antiquarisch, sie läuft unabhängig neben der Wirthschaftsgeschichte her. Sie fragt oft gar nicht danach, was ein Rechtsinstitut für Leben bedeute, sie nimmt kurzweg die gleichnamigen Dinge für Dinge gleicher Beschaffenheit. So gab es z. B. im westlichen Deutschland und in Frankreich stellenweise eine uralte Leibeigenschaft, besonders häufig auf geistlichen Grundherrschaften. Welch ein Genuß für alle Voltairianer, daß die Kirche nicht nur die Geister fesselt, nein, sie hat sogar die Leiber in Knechtschaft geschlagen — und diese uralte Leibeigenschaft in Westfalen, in der hannöverischen Grafschaft Bodum und anderen Orten wird noch heutzutage vielfach neben die ganz junge sogenannte Leibeigenschaft der Ostprovinzen gestellt. Aber der westliche Leibeigene ist ein Mann, der meist gar keine Dienste zu leisten hat und sich eines besonders guten Besitzrechts erfreut; er zahlt nur, wenn er wegziehen will, ein herkömmliches Abzugsgeld, und aus seinem Nachlaß nimmt der Herr einen geringfügigen Theil als Todfall an sich. Es sind dies nur rechtsgeschichtliche Ueberreste, die kaum merkbar auf dem Betroffenen lasten, während die sogenannte Leibeigenschaft des Ostens eine wirthschaftlich wichtige, ungemein drückende Neubildung ist. Also wieder, bei gleicher Benennung, eine ganz verschiedene Sache.

Und nun zum dritten Mangel der Forschung: sie ist viel zu biographisch.

Ueberall in der Welt sind hervorragende Männer von der höchsten Bedeutung für die Geschichte, sowohl in der Politik, wie in der Kunst und in der Wissenschaft. Es ist ein völliges Verkennen aller Wirklichkeit, wenn man glaubt, wie der Engländer Buckle es that, daß die menschlichen Dinge gleichsam von selber, ohne den bewußten Eingriff übermächtiger Naturen, durch das bloße Zusammenwirken des Gewöhnlichen, des Mittelmäßigen, langsam und unbemerkt sich weiterbilden. Wahr ist nur dies, daß der hervorragende Mann, wenn er in seine Laufbahn eintritt, seine Aufgabe bedingt findet durch das gesammte Thun und Treiben Derjenigen, die vor ihm waren. Nicht ins Leere tritt er ein, er findet eine bereits gewordene Welt, die er an der ihm zufallenden Stelle durch seinen Eingriff weiter bildet. Was könnte anziehender sein, als diesen Vorgang in einzelnen Beispielen klar zu legen; und wie viel Fleißiges das geschehen, wenn nicht durch Beschreibung des Lebenslaufes Derer, die eine solche Nachschöpfung ihres Lebens verdienen.

Aber der Biograph ist in stetiger Versuchung, wesentlich die Persönlichkeit seines Helden leuchten zu lassen. Alle diejenigen Züge sind ihm besonders werthvoll, aus denen das Denken und Empfinden des Mannes sich offenbart, und so liebt er es, vor Allem die Aeußerungen in den Vordergrund zu stellen, bei denen einige Leidenschaft sich wirksam zeigt. Denn die Leidenschaft, wie der vulkanische Ausbruch, zerreißt die Hülle, welche den inneren Menschen für gewöhnlich verdeckt und schonend umgiebt. . . .

Die Geschichte der bäuerlichen Reformen ist eine wahre Fundgrube solcher persönlichen Geschickerungen, die wir gern den Biographen gönnen wollen; aber sie sollen auch uns die Ausübung unserer Kunst ungestört lassen: die Geschichte der sozialen Entwicklung ist etwas durchaus anderes, als die Aufsuchung biographisch verwerthbarer Züge. Gewiß greifen auch hier bedeutende Männer entscheidend ein, aber durch Das, was sie thun, nicht durch Das, was sie gelegentlich äußern; und die Hauptsache für uns, die wir das Leben des Volkes nach der wirthschaftlichen Seite erforschen wollen, bleibt immer dies: nicht wer hat über Reformen geredet, sondern wer hat Reformen geschaffen.

Von hier aus gesehen, tritt die Bedeutung der älteren preußischen Könige einigermaßen zurück. Wenn die eigentliche Leibeigenschaft, wie wir gesehen haben, nichts bezeichnendes für die frühere Agrarverfassung war, so kann auch die Abschaffung — oder vielmehr das Verbot derselben — nicht mehr als ein Hauptverdienst jener Könige gelten. . . .

Die wirklich große Reform unter Friedrich II. war die Einführung erblichen Landbesitzes für die Domainenbauern. Dann kam im 19. Jahrhundert für alle Bauern die Aufhebung der Erbunterthänigkeit, die Ablösung der bäuerlichen Lasten und die Regulirung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse.

Es wäre zu weitläufig, dies Alles zu erläutern. Nur den Kürzen wollen wir nennen, unter dem sich die Umwandlung des Alten in das Neue hauptsächlich vollzogen hat: es war Friedrich Wilhelm III. Unter seiner Regierung haben sachkundige Rathgeber, mit seiner Hülfe, wie auf allen anderen Gebieten, so auch auf dem der agrarischen Verfassung die neue Zeit heraufgeführt.

Die Thatsache ist gewiß eine erfreuliche: wahre Leibeigenschaft hat es eigentlich in Preußen nie gegeben. Diese angenehme Nachricht legen wir dem Hause der Hohenzollern und den Geschichtschreibern des preußischen Staates als unsere bescheidene, aber gewiß willkommene Gabe vor. Die echte Leibeigenschaft ist nur das Gespenst, das in den Trümmern der alten ländlichen Verfassung umgeht. Die Vorfahren des Kaisers haben lange über Erbunterthanen, aber sie haben nicht über Sklaven geherrscht.

Für die Verwerthung der Agrargeschichte in der Parteipolitik aber ist dieser Unterschied sehr bedeutsam, arbeitet ja doch jene um so leichter, mit desto stärkeren Ausdrücken sie nach dem so Vieles heiligenden Nimbus sich nicht deckende Begriffe zu verwirren vermag.

Wie schon gemeldet, fand gestern Abend der Empfang des flamenischen **Prinzen Damrong** durch das Kaiserpaar statt. Den beabsichtigten Besuch des Museums für Völkerkunde hatte der Prinz aufgegeben; über das Weitere berichtet der h. Berichterstatter:

Um 12 Uhr fand auf der flamenischen Gesandtschaft ein größeres Frühstück statt, an dem das Gefolge des Prinzen, die dem Prinzen hier zugetheilten Herren, und als Hausgenosse der griechische Gesandte Rhangabés sich betheiligten. Um 6 Uhr wurde der Prinz mit Gefolge von Galaequipagen nach dem Potsdamer Bahnhofe geleitet, wo ihn der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Freiherr v. Marschall, und der Einführer der Botschaften, v. Uexküll, erwarteten. In einem königlichen Salonwagen fuhren die Herren bis zur Wildparkstation, von von dort mit königlichen Wagen nach dem Neuen Palais, wo sie am Portale vom Ober-Hof- und Hausmarschall Grafen zu Eulenburg und vom Hofmarschall Grafen Pückler begrüßt wurden. Im Muschelsaale erhielte Se. Majestät die Privataudienz und nahm aus den Händen des Prinzen Damrong das Handschreiben des Königs von Siam entgegen; darauf fand die Vorstellung der den Prinzen begleitenden Herren statt. Die Unterhaltung wurde in englischer Sprache geführt. Die Prinz Damrong stiefend sprich; aus englischer Uebersetzung kannte der Kaiser bereits den Inhalt des Briefes. Bei der Ueberreichung gab Prinz Damrong seiner Freude, vor den Kaiser treten zu dürfen, Ausdruck. Se. Majestät dankte in herzlichen Worten und erkundigte sich nach dem Befinden des Königs und des Kronprinzen von Siam. Der Kaiser trug Garde-Husarenuniform mit der siamesischen Maha-Chakri-Kette; der Prinz erschien mit dem Großkreuz des Rothen Adlerordens, den er gestern Morgen erhalten hatte; auch die übrigen Herren hatten auf höchsten Wunsch hin die ihnen gestern verliehenen Dekorationen angelegt, so der erste Sekretär und Ober-Stallmeister des Königs Phya Deves den Rothen Adlerorden zweiter Klasse und der Gesandtschaftssekretair Keukenius den Kronenorden dritter Klasse. Nach der Audienz erschien Ihre Majestät im Muschelsaale, um die Vorstellung des Prinzen und seines Gefolges entgegenzunehmen. Dann traten auch die übrigen geladenen Herren ein und man begab sich zur Tafel. Prinz Damrong führte die Kaiserin zu Tisch, zur Rechten des Kaisers fand der Sekretair Phya Deves seinen Platz. Die Tafel zählte etwa 60 Gedecke; zu den Gästen gehörten der Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg, der von seiner vorjährigen Orientreise den Prinzen bereits persönlich kennt, der Staatssekretair des Reichspostamts, Dr. v. Stephan, mit dem der Prinz sich wiederholt unterhielt, einige Künstler, wie Menzel und v. Werner, sowie der Professor Dr. v. Bergmann. Nach aufgehobener Tafel zog sich die Kaiserin zurück; die Rückfahrt des Prinzen nach Berlin aber vergerte sich von 9 Uhr, wo sie angesetzt war, bis 10½ Uhr, da der Kaiser seine Gäste in den Rauchsalon führte und bei einer dampfenden Havanna in anregender und zwangloser Weise verkehrte.

Bekanntlich hatten aus einer sozialdemokratischen Quelle allerlei Nachrichten über Projekte zum Bau von **Arbeiterwohnungen** die Runde durch die Blätter gemacht, und hatte das „Berliner Volksblatt" daran seine Glossen geknüpft. Dem letzteren ging nunmehr eine Berichtigung des Herrn Professor Julius Post zu, in der es heißt:

„Es ist unrichtig, daß ich bei den Besprechungen über eine zu bildende Baugenossenschaft, bei denen ich betheiligt gewesen, um ein Projekt der Regierung handelt und daß ich hierbei irgend einen Auftrag der Regierung ausgeführt habe. Die Regierung steht dem Unternehmen vollständig fern. Es ist unrichtig, daß die Regierung Mittel aus den durch die Alters- und Invalidenversicherung aufgebrachten Geldern oder aus anderen Quellen für das Projekt angeboten habe. Es ist unrichtig, daß auf Staatskosten Arbeiter nach Hannover gereist sind. Es ist unrichtig, daß die Regierung oder der für die Baugenossenschaft vorgeschlagene Bau-Geschäftsführer, bestimmte Bauplätze Berlins oder seiner Umgebung in Arbeiter-Massenquartiere umzuwandeln, die Proletarier zu stellen und von der übrigen Bevölkerung abzusondern."

So bündig vorstehende Erklärung die gedachten Angaben widerlegt, so wäre doch wünschenswerth gewesen, dieselbe wäre gleich beim Auftauchen der ersten falschen Angaben erfolgt.

Ueber die Toaste und Ansprachen auf dem gestrigen **Lord-Mayors-Bankett in London** berichtet das „W. T. B.":

Bei dem Lord-Mayors-Bankett beantwortete der erste Lord der Admiralität, George Hamilton, den Toast auf die Flotte und hob dabei hervor, die englische Flotte habe bei dem Besuch der französischen Flotte in Portsmouth die Pflichten der Gastfreundschaft in einer Weise erfüllt, daß sie nicht nur ihre Gäste, sondern auch die große Nation, welche letztere vertraten, von der Aufrichtigkeit des Wohlwollens Englands überzeugt habe. Der italienische Botschafter Tornielli wies in Beantwortung des Toastes auf die Vertreter des Auslandes am englischen Hofe auf die intimen Beziehungen zwischen England und Italien hin, die das wirksamste Pfand für die Aufrechthaltung des europäischen Friedens bildeten.

Den Toast auf das Ministerium beantwortete der Premierminister Lord Salisbury. Derselbe erklärte, die Politik der Regierung sei unverändert, von dem Ergebniß ihrer Politik in Irland sei die Regierung ganz befriedigt. (Beifall.) Die jüngsten Ereignisse in Irland seien der Ansicht nicht günstig, daß ein irisches Parlament Irland den Frieden und die Ordnung oder die Besteuerung der kirchlichen Herrschaft bringen werde. Was die auswärtigen Angelegenheiten betreffe, so wolle er nur von der Gegenwart sprechen und nicht prophezeiten. Gegenwärtig sei nicht das kleinste Wölkchen am Horizonte, das irgend etwas dem Frieden Schädliches enthülle. Ueberhaupt scheine die Kriegsführung der Nationen langsam das Feld zu verändern, indem die industrielle Konkurrenz und die erlöschenden Handelsverträge die Diplomaten beschäftigten. Englands gegenwärtige Aussichten in diesem Handelsstreige seien verheißungsvoll. Zeitweilig werde England eine eigenthümliche isolirte Stellung einnehmen; die amerikanischen Wahlen zeigten, daß die leichte Reaktion gegen den Schutzzoll vorüber sei, die Handelswelt Englands schwanke aber nicht in ihrer Liebe zum Freihandel.

Am Schluß seiner Rede erklärte Lord Salisbury: Was Egypten anlange, so hätten frühere Minister sich zu ebenso unglücklichen wie unzeitgemäßen politischen Erklärungen und Prophezeiungen herbeigelassen, durch welche Alle die gegen England unfreundlich gesinnt seien, ermuthigt. Alle, die seine Wohlfahrt schätzten, mit Schmerz erfüllt worden seien. Demgegenüber betone er, daß die Politik der Regierung bezüglich Egyptens eine absolut unveränderliche sei. Das Kabinet beabsichtige nicht, sich von der übernommenen Aufgabe zurückzuziehen; es sei nicht seine Schuld, daß England allein Geld und Blut zur Erlösung Egyptens hingegeben habe. Jetzt, wo ein so großer Erfolg dieser Politik sich zu vollziehen beginne, könne das Kabinet nicht gestatten, daß derselbe wieder in Frage gestellt werde und Egypten in die frühere Anarchie zurückfalle. Die Regierung bezwecke nicht, das Glück, welches Egypten mit der Türkei verbinde, zu zerschneiden, sondern sei von dem Wunsche beseelt, Egypten in der durch Verträge und Firmane definirten Stellung im ottomanischen Reiche zu erhalten. Sie wünsche aber zugleich, daß in dieser legalen Stellung Egypten stark genug sei, selbstständig alle auswärtigen Angriffe abzuschlagen und alle inneren Unruhen zu unterdrücken. Eine solche Stellung werde nicht in einem Tage gewonnen. Egypten gehe derselben aber entgegen, und es sei ernstlich zu hoffen, daß dieselbe bald erreicht werde. Wenn England von anderen Mächten unterstützt, nicht aber behindert werde, könne eine solche Stellung Egyptens schneller erreicht werden; aber bis dies Ziel erreicht sei, müsse jedenfalls eine betreffende Streitmacht Egypten vor dem Rückfall bewahren. Diese Macht müsse England sein. Wieder wiederholte Garantien, noch internationale Engagements könnten den Bankerottismus der Türkei verhindern zurückhalten. Keinerlei internationale Engagements könnten gegen die Schwierigkeiten schützen, denen Egypten in Folge seiner eigenthümlichen Position in seiner inneren Verwaltung ausgesetzt sei; Egypten sei durch viele internationale Gesetze gefesselt. Keine internationalen Engagements könnten aber den Eifer patriotischer auswärtiger Vertreter oder die Rathlosigkeit auswärtiger Kolonisten verhindern. Erst eine größere Stabilität Egyptens werde allen diesen Gefahren zu trotzen vermögen. Auswärtige Kritiker dürften nicht glauben, daß diese Frage durch die Unbeständigkeit der englischen Parteien beseitigt werde. Das britische Volk nehme hohes Interesse an der Lösung der in Egypten unternommenen Aufgabe und stolz auf die dort errungenen glänzenden Erfolge werde es sich von der Verfolgung des einmal gesteckten Zieles niemals zurückziehen.

Wenn auch der Kredit von Interessen in der letzten Zeit nicht etwa gestiegen ist, so glauben wir

---

Feuilleton der Norddeutschen Allgem. Zeitung.

Berlin, den 10. November 1891.

General v. Gerlach.

(Fortsetzung.)

Einer der markantesten Tage des unruhigen Jahres 1848 war bekanntlich der 7. September, an dem der Stein'sche Antrag zur Berathung und Annahme gelangte. Der König selbst meldet dem General Leopold v. G. das Ergebniß brieflich mit folgenden vertraulichen Worten:

„Bester Polte! — Der rebellische Antrag Stein's ist mit 75 Stimmen Majorität durchgegangen. Vale!"

Betreffs des Ministerium Pfuel wird in unseren Denkwürdigkeiten unterm 22. September 1848 u. A. bemerkt:

„So wären wir denn an dem ersten praktischen Restaurationsversuch angekommen, wieder wie früher mit einem bekannten, zum Theil betrunkenen Minister, der König wieder mit uns, quasi einig. Aber wie schwach ist die ganze Sache noch. Pfuel leichtsinnig und frivol im höchsten Grade, Eichmann, was sich jetzt schon zeigt, eitel und ambitiös und doch schwach und unsicher. Dönhoff und Bonin noch weniger Zutrauen erweckend und Bürgschaften bietend. Auch habe ich nur ein sehr mäßiges Vertrauen zu dem Muth der neuen Minister! Aber die revolutionäre Partei ist doch auch schwach und haltungslos, so daß es mit Gottes Hülfe gehen kann." — Gerade nicht sehr ehrerbietig lautet der Schluß dieses Gedankenganges: „Wie schnell aber könnte nach menschlichen Begriffen ein Fürst, der ein Held ist, eine vollständige Restauration bewirken. Verlasset euch nicht auf Fürsten, trauet nicht einem Arm von Fleisch."

17. Oktober. „Als ich nach Sanssouci komme, erfahre ich durch Schöler, daß Berlin im Aufstande sei und daß die Arbeiter mit der Bürgerwehr im Gefechte begriffen wären. Der König war in allen Zuständen, nachdem er mich vorgelassen; er sprach von Belagerungszustand für Berlin, wollte zu Wrangel schicken, hier in Potsdam Anstalten treffen u. s. w. Das Ganze war sehr tumultuarisch. Ich konnte diese Eventualität, verbunden mit dem Ministerwechsel, nur sehr günstig, das Bedürfniß kräftiger Maßregeln zeigend, erklären. — Dann kam der Prinz von Preußen, die Königin, die sehr niedergeschlagen war, und auf meinen ihr zugesprochenen Trost erwiderte, dies würde Alles wieder ein schlechtes Ende nehmen. Während des Thees bekommt der König außer mehreren telegraphischen Depeschen über den Fortgang des Aufruhrs ein Schreiben, das er aufbricht, liest und wieder in die Tasche steckt. Nach einer halben Stunde aber ruft er den Prinzen von Preußen und mich heraus und erzählt uns, daß die Minister wegen der Reden, die er an seinem Geburtstage gehalten, sich genöthigt fänden, den Abschied zu fordern. Der König war mit Recht über die Bloßstellung seiner Person durch diesen Schritt empört und noch mehr, als er sah, daß man wohl Gradow's Anrede an ihn in dem Staatsanzeiger hatte abdrucken lassen, aber nicht seine Antwort, obschon er dieselbe nachher Willisen in die Feder diktirt und dem Ministerium zugeschickt hatte. Er fragte nun nach Brandenburg, war seinetwegen und wegen seiner Ankunft in Berlin besorgt. Der Belagerungszustand von Berlin war immer das, worauf er zurückkam. Neumann hatte Wrangel die Vollmacht dazu überbringen müssen."

Sehr interessante Einzelheiten werden über die Berathungen mitgetheilt, welche der Schließung der Nationalversammlung und der Besetzung von Berlin vorhergingen. Wir heben indeß hier nur einen Punkt hervor.

„Der König trug und eine Erklärung an das Ministerium vor. Ueber den deutschen Theil derselben entspann sich ein Streit zwischen Se. Majestät und Sr. Königlichen Hoheit, inwiefern der König die Kaiserkrone annehmen solle oder nicht. Der Prinz behauptete, daß, wenn der König sie Oesterreich überließe, so würde Preußen mediatisirt; der König sagte das Gegentheil und wies darauf hin, daß unter der Kaiserwürde Preußen mit Friedrich II. ein mächtiger Staat gewesen wäre und schloß damit, hier käme es ganz auf persönliche Ueberzeugung an."

In einem Briefe, den General v. Gerlach unterm 25. November an den Grafen Brandenburg schrieb, ist folgende Stelle besonders bedeutsam:

„Warum soll denn gerade der Waldeck'sche (Verfassungs-) Entwurf, denn das ist der aus der Kommission hervorgegangene, vorgelegt werden; er ist doch wahrlich schlecht genug, und das Gouvernement hat sich bis jetzt doch nur zu dem viel besseren Camphausen'schen vom Mai bekannt? Wozu ist überhaupt jetzt, wo die Versammlung in Brandenburg zusammenkommt, diese große Eile nöthig? Ich habe gehört, daß Herr von Ladenberg den Professor Keller zu Rathe gezogen hat, ein anderer Jurist, der Geheimrath Stahl, Professor des Staatsrechts an der Universität, würde gewiß ebenfalls sehr brauchbar sein; er ist ein Mann von guter Gesinnung, sehr einsichtsvoll und im Konstitutionalismus erfahren, da er Deputirter in der bayerischen Kammer gewesen. Ich lege ein kurzes Promemoria bei, was er, lange gemacht durch die Steuerverweigerung, ausgearbeitet hat und mir geschickt."

Bei der wichtigen Rolle eines formell unverantwortlichen Rathgebers der Krone, welche v. G. Jahre lang durchgeführt hat, beanspruchen die Ausführungen ganz besondere Beachtung, welche er selbst in dieser Beziehung gegen Ende des Jahres 1848 macht. Er schreibt:

„Thile kam in seinem abstrakten christlichen Fatalismus zu der Erklärung, ein jedes Camarillaregiment sei bei einem konstitutionellen Könige entschieden unrecht und führe zum Schaffott. Welcher Unsinn, denn auch wieder ein Element der Anerkennung des Konstitutionalismus und der Volkssouveränetät als eine Realität zu Grunde liegt; außerdem ist diese ganze Ansicht höchst konfuse. Formell unverantwortliche Rathgeber hat es immer gegeben und muß es immer geben, z. B. wenn ein König seine Minister entlassen und andere anstellen will. Die verantwortlichen Rathgeber der Krone befinden sich aber allerdings in ihrem guten Recht, auch ohne Konstitution, wenn sie auf Entfernung gewisser unverantwortlicher Rathgeber dringen; so drang Sir Robert Peel auf Entfernung der Hofdamen der Königin Victoria; Brandenburg auf die des kleinen Willisen u. s. w. Ist nicht konstitutionell, sondern ganz natürlich; etwas der Art geschieht überall. Ein sich fühlender Wirthschaftsinspektor wird auch nicht leiden, wenn fremde Leute in seine Wirthschaft hineinreden. Warum aber Brandenburg auf Rauch's, meine, Manson's Entfernung dringen sollte, sehe ich nicht ein, da wir ihm die besten Dienste leisten."

Inzwischen belehrt uns über v. Gerlach's politisches Programm, — das an Entschiedenheit zwar nichts zu wünschen übrig läßt, von dem aber nur zweifelhaft erscheinen konnte, ob sich mit demselben gute Dienste für die Regierung vereinigen ließen, — eine vom 27. Februar 1849 datirende Betrachtung, welche als Vorbedingungen zur Wiedererlangung eines sicheren Rechtszustandes folgende aufstellt: Abuthun sind als Exzesse gegen die Revolution die Urwählen, die Klubs, das Assoziationsrecht, die Bürgerwehr, die freie Presse; dann aber auch, und noch wichtiger, die Ideale, durch welche die Revolution bei uns möglich geworden ist, die Ideale, welche das Land untergraben haben, d. h. der Konstitutionalismus, die Trennung von Kirche und Staat, der Kommunismus, der sich in den Bauernedikten, in den Abgaben, in den Wahlen entwickelt hat.

1. März. „Ich sehe sehr trübe in die Zukunft. . . . Wir werden schon bei der Prüfung der Wahl sehen, daß Niemand den Muth haben wird, die Rebellion und den Hochverrath bei ihrem Namen zu nennen. Diesem Allem gegenüber ein Ministerium, das zu sich selbst, und zu dem der König sein Vertrauen hat. Brandenburg sehnt sich nach dem Ende seines Amts, Manteuffel verzweifelt, Ladenberg ist ein Bureaukrat, die anderen sind gar nicht zu nennen. Der König hat nur nicht den Muth, auszusprechen, wie gering sein Vertrauen zu den Ministern ist, die er nur aus Nothwendigkeit festhält."

Am 19. März 1849 wollte der König, wie mitgetheilt wird, dem Prinzen von Preußen ein großes Kommando, Gardeforts und 2 Armeekorps geben; „die Minister und Rauch waren darüber in Verzweiflung."

Am 3. Mai ist General v. G. nach Potsdam gefahren und berichtet darüber u. A.: „Bei dem Diner des 1. Gardereginents saß ich neben dem jungen Prinzen Friedrich Wilhelm; ich sagte ihm, wie ich ihn wegen seiner Jugend beneidete, da er wohl noch das Ende des absurden Konstitutionalismus erleben würde. Er meinte, es müsse doch eine Volksvertretung sein. Ich versuchte es, ihm klar zu machen, daß aus der Abwesenheit des Absolutismus noch nicht der Konstitutionalismus folge."

Unterm 10. Mai wird ein Brief an den Ministerpräsidenten verzeichnet, der einmal die volle Gegnerschaft gegen von Radowitz bekundet, dann aber auch besonders charakteristisch ist für die autoritative Stellung, welche der Briefschreiber dem Grafen Brandenburg gegenüber einzunehmen versucht. Der Brief lautet:

„Ew. hat Niemand früher, Niemand freudiger als ich begrüßt, als Sie hier die Geschäfte übernahmen. Sie sind auf dem von Ihnen von Anfang an betretenen Wege fortgefahren und stehen jetzt mit einem siegreichen Heere der Paulskirche gegenüber, derselben Paulskirche, die konsequent an dem Sturze Ihrer, Ihres Ministeriums, Ihres Systems gearbeitet hat, die endlich mit dem Aufruhr im offenen Bunde ihr Ziel erreichen wollte, und sich nun, wie zu hoffen, völlig getäuscht und vernichtet sieht. Als Sie die Brandenburger Versammlung auflösten, hielten Sie es für nöthig, die Verfassung vom 5. Dezember so zu oktroyiren, wie sie zu Stande gekommen wäre, wenn die Versammlung sich in ihren Schranken gehalten hätte. Ich enthalte mich jedes Urtheils, ob dies damals nöthig war; aber das weiß ich gewiß, daß jetzt der Paulskirche gegenüber ein solches Verfahren nicht nöthig ist. Es leuchtet ein, daß es un-